Tagblatt für Politik.
Unterhaltung, Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.

Herausgeberin: vierteljährlich M. 2.50 durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 u. 5–3. Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klotterg. 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile umfaßt 6 Silben: 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die rechtzeitige Aufnahme der Inseraten wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Nachnahme oder Vorausbezahlung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen außerdem sämmtliche empfohlene Annoncenbureaus an.
Hermannstraße Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Liebe's Pepsinwein (Verdauungsessenz).
Tafelgetränk bei Störung der Verdauung, Mangel an Appetit, Magen-Katarrh, -Schwäche und -Verschleimung, langjährig bewährt. 1/1 u. 1/2 Fl. 1 Mk. 1.50 u. 2.50 in jeder Apotheke.
Fabrik: J. Paul Liebe-Dresden, Schäferstrasse 25.

Martin's Patent-Waschmaschine gen. „Der Wäscheschoner".

Tiefl. eingeh. Auskunftsschreiben beweisen der Vorzüglichkeit.
G. Troltzsch, Dresden
32 Marienstrasse 32.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

Reichste Auswahl von
Corsets
bester Qualität in allen Preisen, Façons, Mustern, Farben, Stückzahlen etc.
Heinrich Plaul, Dresden, Waisstr. 12.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Sämmtl. Confirmandenwäsche grösster Auswahl. Billigste Preise. Prompte Bedienung.
G. D. Blass,
Wäschefabrik u. Ausstattungsgeschäft,
Marienstr. 9 u. Portiens. Telephon 1882.

Nr. 22. Spiegel: Berathung des Sozialistengesetzes, Befähigungsnachweis, Forderungen der Bergarbeiter, Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gewerbeverein, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Franz Lachner †. **Mittwoch, 22. Januar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Otto in Dresden.

Also doch! Es kommt zu einer Berathung des Sozialistengesetzes. Zu einer Berathung, ob aber zur Annahme, das ist noch nicht ausgemacht. Der entscheidende Entschluß, das Sozialistengesetz nicht unter den Tisch fallen zu lassen, wurde am Montage gefaßt. Dieweil der Reichstag über die Dampferverbindung mit Ostafrika berieth, trat gleichzeitig auch der Bundesrath zu einer Sitzung zusammen; nach Schluß derselben erschienen im Reichstagssaale der Staatssekretär Graf Bismarck und der preußische Minister des Innern, Herrfurth. Nach kurzer Unterredung mit dem Präsidenten v. Levetzow und dem Abg. v. Bennigsen erfuhr der Reichstag, daß der Bundesrath eine Durchberathung des Sozialistengesetzes verlange. Sie wird am Donnerstag beginnen, nachdem vorher noch der Reichshaushalt in dritter Lesung erledigt sein wird. Man erwartet mit Sicherheit zur Berathung des Sozialistengesetzes das Erscheinen des Fürsten Bismarck in Berlin. Schon um dem Kaiser zu seinem Geburtstag am Montag die Glückwünsche darzubringen, muß der Kanzler den Aufenthalt in seiner lauenburgischen Abgeschiedenheit aufgeben. Die Betheiligung des Reichskanzlers an den Reichstagsberathungen wird, so glaubt alle Welt, sich nicht auf das Sozialistengesetz allein beschränken, sondern, darüber hinausgreifend, die gesammte Politik umfassen. Das Sozialistengesetz selbst wird natürlich einen breiten Raum beanspruchen. Es ist namentlich den Nationalliberalen gelungen, im Ausschusse dem Regierungsentwurfe eine Fassung zu geben, welche die Rückkehr zum gemeinen Rechte anbahnt und die Handhabung des Sozialistengesetzes mit einer Anzahl Rechtsbürgschaften umgiebt. Es herrschte darüber allseitige Uebereinstimmung, daß das Gesetz sich in seiner jetzigen Fassung nicht aufrecht erhalten lasse. Indem der Bundesrath selbst einen neuen Entwurf einbrachte, erkannte er die Nothwendigkeit von Abänderungen des jetzigen Gesetzes an. Der Ausschuß erzielte weitere Abänderungen, die sämmtlich dahin gingen, an Stelle des Beliebens der Verwaltungsbeamten betreffs der Handhabung des Sozialistengesetzes eine unabhängige Verwaltungsrechtsprechung zu setzen. Dadurch sind manche Härten des jetzigen Zustands beseitigt worden.

Die Milderungen bestehen u. A. darin, daß künftig Beschwerden gegen polizeiliche Verbote, anstatt bei den Aufsichtsbehörden, bei Gericht angebracht werden müssen; daß das Verbot des ferneren Erscheinens einer Zeitung nur erfolgen darf nach dem Verbot mindestens zweier Nummern des Blattes, wenn zwischen beiden Verboten weniger als ein Jahr liegt; daß ferner die Beschwerde gegen das Verbot des Forterscheinens aufschiebende Wirkung hat, also von der Reichskommission erst bestätigt sein muß, ehe es für die Zeitung Geltung erhält; daß die Untersagung des Gewerbe-Betriebes für Drucker, Kolporteure und Wirthe wegfällt; endlich daß die Verhandlungen bei der Reichs-Beschwerde-Kommission öffentlich sein sollen und die Beschwerdeführer sich durch einen Rechtsbeistand sollen vertreten lassen dürfen. Mit diesen Milderungen würde sich die Regierung einverstanden erklären; hingegen jetzt sie dem ebenfalls beschlossenen Wegfall der polizeilichen Ausweisung jähen Widerstand entgegen. Das neue Sozialistengesetz soll nicht vorübergehend, „kurzbefristet", sondern dauernd sein. Der Regierung verblieben immer noch folgende Vollmachten zur Abwehr der revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie: die Behörden können auch ferner noch Vereine wegen sozialdemokratischer Bestrebungen verbieten und Kassenvereine, die den gleichen Zweck verfolgen, unter Aufsicht stellen oder untersagen; sie können Versammlungen, die dergleichen verbotene Zwecke verfolgen, auflösen und unter Umständen verjagen; das Gleiche ist bezüglich öffentlicher Festlichkeiten und Aufzüge der Fall; sie können endlich Geldsammlungen für sozialdemokratische Bestrebungen verbieten. Der hartumstrittenste Punkt ist die Ausweisungsbefugniß. Eine Verständigung sucht man dahin anzubahnen, daß, während das Sozialistengesetz im Uebrigen auf die Dauer bewilligt, die Ausweisungsbefugniß nur auf einige Jahre verlängert wird. So ist der Stand der Sache.

Einen erfreulichen Erfolg hat der Abg. Ackermann erzielt, indem er für seinen Gesetzentwurf, betreffs des Befähigungsnachweises der Handwerker, eine stattliche Mehrheit im Reichstage, 150 gegen 92 Stimmen erreichte. Die Handwerker werden es sich bei den Wahlen merken, in welchen Parteien ihre Freunde und Förderer sitzen. Die Sozialdemokratie hat für die auch von ihr nicht geleugnete Nothlage der kleineren Handwerker nur den Rath: sie sollten auf ihre selbständige Stellung überhaupt verzichten. Unseren Handwerksmeistern kommt Das ungefähr so vor, als wenn man einem Kranken, der über Gliederreißen klagt, sagen wollte: laß Dir nur erst Arm und Bein abschneiden, da wirst Du schon sehen, was für ein gesunder Mensch Du werden wirst!

Bergarbeiter und kein Ende! Von zwei Seiten kommen Berichte aus den Haupt-Kohlengegenden. Die Untersuchung über die Ursachen des großen vorjährigen Streiks liegt nunmehr vor; es ist eine umfangreiche Arbeit, welche beweist, wie ernsthaft es die preußische Regierung mit den betr. Verhältnissen genommen hat. Hierauf näher einzugehen, wird später Anlaß sein. Andererseits liegen Nachrichten vor, wonach neue Forderungen seitens der Bergleute erhoben werden. Von allen Seiten, auch der demokratischen, ruft man den Arbeitern zu, den Bogen nicht zu scharf zu spannen. Die Forderung eines 5Prozentigen Lohnzuschlags ist offenbar auf's Athandeln eingerichtet. Die Bergleute stellen die Sache so dar, als müßten sie wieder von vorn anfangen und erst jetzt die im Frühjahr und Dezember erstrebten Lohnaufbesserungen zu erreichen suchen. Die Grubenbesitzer bestreiten diese Behauptung; allein bloß seit Beginn dieses Jahres habe auf vielen Zechen eine neuerliche, 3Proz. Lohnerhöhung stattgefunden. Von dritter Seite wird berichtet, daß auf hervorragenden westfälischen Zechen die Löhne für die wirklich unter Tage arbeitenden Kohlenhauer und Gesteinsarbeiter seit dem vergangenen Frühjahre um 35 bis 40 Procent erhöht worden sind. Verfügte man über eine Lohnstatistik, so wäre sofort zu ermitteln, welche Angabe richtig ist. Möglich ist es, daß das Einkommen der Bergleute im Ganzen nicht gestiegen ist; das kann aber seinen Grund darin haben, daß jetzt weniger als früher gearbeitet wird. Hohen Lohn auch bei theilweisem Nichtarbeiten zu gewähren, wie die eine Belegschaft fordert, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Die Grubenbesitzer können aber bei dem Steigen der Kohlenpreise unmöglich grundsätzlich ablehnen, angemessene Lohnerhöhungen zu bewilligen. Den Anspruch der Bergleute auf einen Antheil an den steigenden Erträgnissen des Kohlenbergbaues wird die öffentliche Meinung des Landes naturgemäß anerkennen; sie wird sich aber ebenso stark gegen eine Schraube ohne Ende und gegen die Schädigung der gesammten anderen Industrieen erklären. Das Richtige liegt auch hier in der Mitte: es kommt Alles darauf an, den Bergleuten einen angemessenen Antheil an den Gewinnen der Zechen zu gewähren, ohne der übrigen Industrie unerschwingliche Kohlenpreise aufzulegen. Dieses Richtige zu treffen, dazu sind die Kohlenwerke ebenso interessirt, wie die Arbeiter. Jene mögen sich an dem Mehrgewinn genügen lassen, diese ihre Forderungen nicht zu hoch zu schrauben. Berechtigte Beschwerden, wie über lange Lohnfristen u. dergl., sollte man so rasch als möglich aus der Welt schaffen.

Von dem befriedigenden Verlaufe der deutsch-englischen Konferenzen zeugen zwei Thatsachen: einmal, daß der Führer der Deutschen, Abg. v. Pleyer, dem Minister Grafen Taaffe warmen Dank für sein Vermittlungswerk aussprach, und daß derselbe am Schluß der Konferenz ausrief: „Ich bin sehr glücklich."

Im Uebrigen, Ihr rechttreuen Wähler, thut am 20. Februar Eure Schuldigkeit!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 21. Januar.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Ein deutscher Bundesfürst, Fürst Georg von Schwarzburg-Rudolstadt, ist am 19. d. M. verstorben. Der Fürst hat stets treu zu Kaiser und Reich gestanden. Er hat am Kriege 1870–71 persönlich theilgenommen. Er stand im Gefecht. An seiner Seite wurde der Adjutant tödtlich getroffen. Auch später ist der Fürst immer ein treuer Bundesgenosse des Kaisers gewesen und ein treuer Freund des Deutschen Reichs. — Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. — Die ostafrikanische Postdampfer-Vorlage wird in 3. Berathung definitiv angenommen. Der Ergänzungs-Etat betr. den Umbau des Auswärtigen Amtes wird an die Budget-Kommission verwiesen. — Es folgt die 3. Berathung des Haushalts-Etats. Staatssekretär v. Bötticher erklärt rücksichtlich des Antrags der Kommissionen betr. die Gehalts-Erhöhung der unteren und mittleren Reichsbeamten, der Regierung könne nichts erwünschter sein, als derartige Anregungen aus dem Hause. Sie suche dieselben keineswegs, wie behauptet worden, kühl bis an's Herz hinan gegenüber. Es könne aber nicht eher Stellung dazu genommen werden, bis eine Verständigung der verbündeten Regierungen darüber herbeigeführt sei. Er könne indeß heute schon sagen, daß die Mehrheit des Bundesraths dem Antrag der Kommissionen zustimmen werde. Unzweckmäßig erscheine dagegen der Antrag Baumbach, welcher die Einstellung einer bestimmten Summe schon jetzt in den Etat bezweckt. Sollten die Gehaltszulagen erst im Herbste vom Reichstag bewilligt werden können, so würden dieselben doch nur für das laufende Etatsjahr gezahlt werden können. Es sei zunächst auch noch das Vorgehen Preußens auf diesem Gebiete zu berücksichtigen. Jedenfalls standen die verbündeten Regierungen an Wärme der Empfindung für die kleineren Beamten hinter dem Reichstage nicht zurück. Richter hält sofortige Bewilligung für besser. Frhr. v. Huene (Centr.) befürwortet den Kommissionsantrag, wonach 1) dem Reichstage spätestens in der nächsten Session ein Nachtragsetat vorgelegt werden soll, durch welchen bereits für 1889–91 eine angemessene einmalige Erhöhung der Bezüge der unteren und mittleren Beamten herbeigeführt wird; 2) demnächst eine dauernde Aufbesserung von 1891–92 durchgeführt werden soll. Staatssekretär v. Maltzahn tritt der Legende entgegen, daß die preußische Regierung in der Fürsorge für die Beamten weitergehe, als die Reichsregierung. v. Bennigsen glaubt aus finanztechnischen Rücksichten die Initiative den verbündeten Regierungen überlassen zu sollen, da die Initiative des Reichstags in solchen Fällen immer mißlich sei. Richter muß dies anerkennen und zieht deshalb Baumbach den Antrag zurück. Singer (Soz.) hofft, daß die Erklärung des Ministers v. Bötticher pünktlicher eingehalten wird, als das von Preußen gegebene Versprechen betreffs der Reformen der direkten Steuern. In der Fortsetzung der Einzelberathungen wird ein Antrag Lingens angenommen, nach welchem die Regierung auf eine weitere Forderung der Sonntagsruhe und Ermöglichung der Theilnahme am Gottesdienste für alle Reichsbeamte Bedacht nehmen solle. Angenommen wurde ferner ein Antrag Baumbach zum Marine-Etat 2,800,000 Mk. aus dem Extra-Ordinarium, welches durch die Anleihe gedeckt werden soll, abzusetzen und unter die laufenden Ausgaben einzustellen, welche durch die Matrikularbeiträge zu decken sind. — Zur Vergrößerung des Postgrundstückes und zur Herstellung eines Dienstgebäudes in Frankfurt a. M. waren statt der geforderten 535,500 Mk. in 2 Lesung nur 235,500 Mk. bewilligt worden. Fürst Hatzfeldt (Reichsp.) und Dr. Baumbach (freis.) beantragen, die 3. Rate auf 231,500 Mk. zu bemessen, außerdem aber noch 150,000 Mk. zur Herstellung von Hintergebäuden zu bewilligen. Dieser Antrag wird angenommen. Angenommen wurde gleichfalls ein Antrag des Grafen v. Dohna-Finkenstein, den Titel zur Herstellung des neuen Postdienstgebäudes in Marienburg, 70,000 Mk., zu streichen und eine Resolution anzunehmen: Da der in Aussicht genommene Bauplatz das Interesse des Schloßbaues der Marienburg erheblich schädigt, die Regierung zu ersuchen, einen anderen Bauplatz in Aussicht zu nehmen. Die in der 2. Lesung gestrichene Baurate für ein Dienstgebäude in Zeitz, 70,000 Mk., wurde auf Antrag Günther bewilligt. Der Rest des Etats wurde unverändert erledigt. — Morgen 2 Uhr Ergänzungs-Etat. Sozialistengesetz.

Berlin. Der Kaiser richtete noch am Sonntag Abend an die Fürstin zu Lippe, Tante des verstorbenen Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt, nachstehendes Beileidstelegramm: „Ich spreche meine aufrichtigste Theilnahme aus an dem Mich völlig überraschenden und Mich betrübenden Tode des Fürsten Georg von Schwarzburg-Rudolstadt, Meines treuen und verehrten Freundes." — Im Februar trifft die neue marokkanische Gesandtschaft hier ein; diese wird Vorzüge für Lieferungen von Waffen und anderem Kriegsbedarf abschließen. — Der Centrumsführer Frhr. v. Franckenstein unterzog sich heute einer Operation durch Prof. v. Bergmann. Aus der linken Brusthöhle wurde eine bedeutende Eiteransammlung unter Chloroform-Narkose operativ entfernt. Der Kräftezustand des Patienten ist nach der Operation befriedigend. — Im hiesigen Opernhause findet am 23. ds. die 250. Aufführung von Wagner's „Lohengrin" statt.

Berlin. Beim Abgeordnetenhause ist ein Antrag der Freisinnigen auf Herabsetzung der Personen-, Gepäck- und Güter-Tarife eingegangen. — Heute begann das Abgeordnetenhaus die 1. Berathung des Etats. Frhr. v. Huene (Centr.) und Frhr. v. Zedlitz rathen